

Karol Kostrzebski
Warschau

Die Krise in der polnischen SLD

Beitrag für die IV. Europakonferenz der RLS in Warschau, November 2003

Parteien und soziale Bewegungen

Textreihe des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin, (+49-30) 44 310 160, politikanalyse@rosalux.de

rls

Die Krise in den Reihen der größten Partei Polens, der SLD (Demokratisches Linksbündnis), ist eine Erscheinung, die jede Menge verwickelter Probleme der polnischen Linken betrifft. Das Verständnis des Wesens dieses Prozesses setzt den Blick auf die Entwicklung des linken Lagers in Polen nach 1989 und überhaupt auf die Ausprägung der politischen Beziehungen in diesem Zeitraum voraus.

Die SLD in ihrer heutigen Gestalt als einheitliche und recht zentralistische Partei wurde im Dezember 1999 in Warschau zusammengeflochten. Das ändert wenig an der Tatsache, dass die SLD jene politische Struktur darstellt, die organisatorisch die bis 1989 in Polen autoritär regierende PVAP fortsetzt. Nach der polnischen Wende, also nach den Gesprächen am Runden Tisch 1989 und der Bildung der ersten demokratischen Regierung unter Tadeusz Mazowiecki, bildete die PVAP sich um zur sozialdemokratischen SdRP (Sozialdemokratie der Republik Polen). Bereits ab 1991 nutzte die SdRP den Namen SLD, unter dem bei einschlägigen Wahlen eine Wahlkoalition mit dominierendem Einfluss der Sozialdemokraten antrat. In diesen Jahren orientierten die Verantwortlichen der Partei strategisch auf die Bildung einer breiten Linksfront unter Einschluss aller nennenswerten Linkskräfte. So fanden sich bei den betreffenden Wahlen bis zu 35 politische Gruppierungen im Wahlblock der SLD, u. a. die ebenfalls aus der Zeit der Volksrepublik stammende Gewerkschaftszentrale OPZZ (Gesamtpolnische Gewerkschaftszentrale) oder die PPS (Polnische Sozialistische Partei), die ihre Wurzeln in der Unabhängigkeitsbewegung des 19. Jahrhunderts und eine über einhundertjährige Tradition besitzt. Nach dem Verlust der Macht durch das kommunistische Lager vertraten Beobachter der politischen Szene in Polen die Ansicht, dass eine Partei mit derartiger Herkunft an den politischen Rand gedrängt wird. Die postkommunistische SdRP errang allerdings nach bereits vier Jahren Pause einen großartigen Erfolg bei den Parlamentswahlen 1993, als sie als SLD-Wahlblock mit 20,41 % Stimmenanteil das beste Ergebnis einfuhr und zusammen mit der Bauernpartei (PSL) die Regierung übernahm. 1995 gewann der damalige Vorsitzende der SdPR, Aleksander Kwaśniewski, die direkten Präsidentschaftswahlen, als er den legendären Gewerkschaftsführer und Amtsinhaber Lech Wałęsa schlug. Kurz danach kamen jedoch vier magere Jahre: 1997 verlor das linke Lager die Parlamentswahlen gegen eine breite konservativ-rechte Koalition, die von Funktionären der Gewerkschaft „Solidarność“ angeführt wurde. Die Rechtsregierung erwies sich sehr schnell als vollkommen unfähig, steckte Niederlagen auf vielen Gebieten der von ihr initiierten Reformen ein (besonders auf dem Gebiet der Sanierung des staatlichen Gesundheitssystems). Die 1997 bis 2001 regierenden Parteien, also die AWS (Wahlaktion „Solidarność“) und die liberale UW (Freiheitsunion), steckten bei den Parlamentswahlen 2001 eine vollkommene Niederlage ein und kamen nicht wieder in den Sejm. Die in diesen Jahren in der Opposition agierende Linke vollzog in den eigenen Reihen tiefgehende strukturelle Veränderungen. Der breite, pluralistische Block SLD wurde 1999 ersetzt durch eine einheitliche, zentralistische Partei gleichen Namens. Nicht alle Gruppierungen, die bis dahin in der SLD zu finden waren, begrüßten diesen Schritt. Viele Strukturen wollten nicht auf die organisatorische Selbstständigkeit zu Gunsten der neuen Partei verzichten. Gegen die Bildung einer integrierten, großen Partei („Omnibuspartei“) protestierte vor allem der linke Flügel der SLD. Zwei kleinere, bisher dem SLD-Bündnis angehörende Gruppierungen, die bereits erwähnte PPS und die gewerkschaftsnahe linke RLP (Bewegung der Werktätigen), zogen es vor, ihre Eigenständigkeit zu wahren. Renitente linke Radikale wurden ausgegrenzt oder ausgestoßen, auch der Einfluss des mächtigen Gewerkschaftsflügels OPZZ wurde stark reduziert. Die zahlreichen kritischen Stimmen in der linken Presse änderten jedoch nichts daran, dass die Bildung einer zentralisierten SLD sich schnell als Erfolg erwies. Die erneuerte SLD stieg zur dominierenden politischen Kraft in Polen auf, übersprang 2001 bei Umfragen die magische Marke von 50%. Unter der dynamischen Führung von Leszek Miller zeigte die Partei ihr neues Gesicht, welches insbesondere durch das pragmatische und nichtideologisch ausgerichtete, in Richtung politisches Zentrum weisende Programm gekennzeichnet war. Durch die demonstrative Aufnahme von einzelnen Personen mit „Solidarność“-Vergangenheit (prominentes Beispiel ist der bis heute als Stellvertretender Vorsitzender der SLD agierende Andrzej Celiński), war man bestrebt, das Etikett „postkommunistische Formation“ loszuwerden. Als undogmatische, in der linken Mitte angesiedelt

te Massenpartei mit klassenübergreifender sozialer Basis gewann die SLD die Parlamentswahlen im Herbst 2001 mit über 41%.

Mit dem Sieg der Linken und der Niederlage der rechten Regierung verband die polnische Gesellschaft große Hoffnung. Die vorherige Regierungszeit der linken Koalition von 1993-1997, als durchschnittlich ein Wirtschaftswachstum von 5% notiert und Polen als Vorreiter der Transformation und mitunter sogar als „Wirtschaftstiger Ostmitteleuropas“ bezeichnet wurde, war nicht vergessen. Diesen Erwartungen kam die Wahlpropaganda der SLD entgegen, die breiten sozialen Massen eine schnelle und sichtbare Verbesserung des Lebensniveaus versprach. Obwohl im Programm der SLD vor allem die Reduktion des gewaltigen Haushaltsdefizits betont wurde, versprach man zugleich, die wachsende Arbeitslosigkeit bekämpfen, die Krise im Gesundheitswesen beheben, die Welle der Zusammenbrüche kleiner Firmen aufhalten und andere Zeichen erschlaffender Wirtschaft beseitigen zu wollen. Offensichtlich wurde nicht beachtet, dass die wirtschaftliche Situation derartig ernst war, so dass alle diese Versprechungen im Grunde genommen haltlos waren. Die Linke betonte, dass sie auch auf internationalem Gebiet einen Durchbruch schaffen, also den Weg Polens in die EU beschleunigen wolle. Es wurden beschleunigte Beitrittsverhandlungen auf den verschiedensten Gebieten ohne Nachteile für die nationalen Interessen versprochen. Damit reagierte man auf die Schwierigkeiten, die in der letzten Phase der Rechtsregierung diesbezüglich auftraten.

Nach Regierungsübernahme im Herbst 2001 bildete die SLD eine Regierungskoalition mit der gemäßigten Bauernpartei (PSL). Beide Parteien versuchten die Politik der sozialen Marktwirtschaft fortzusetzen, obwohl sie bereits von Beginn an vor der Notwendigkeit standen, drastische Kürzungen in dem für 2002 anvisierten Haushalt vorzunehmen. Die Vorgängerregierung „vererbte“ der neuen Regierung ein gewaltiges Haushaltsloch von geschätzten 30-40 Mrd. Złoty, was etwa 20% des Haushalts ausmachte. SLD und PSL verkündeten ein Programm zur „Reform der großen Strukturreformen“, also die Korrektur der fehlgeschlagenen Versuche zur Rettung der öffentlichen Haushalte. Es wurden weitere Veränderungen im staatlichen Gesundheitswesen, ein neuer Restrukturierungsplan für Bergbau und Hüttenwesen sowie die Beseitigung zahlreicher Regierungsagenturen und Regierungsfonds angekündigt. Unter den Bedingungen einer „abgekühlten Wirtschaft“ und des kritischen Zustands der öffentlichen Finanzen waren diese Pläne unweigerlich mit hohen gesellschaftlichen Kosten verbunden (vor allem mit dem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit). Während der Wahlkampagne fiel dazu von Seiten der SLD kein Wort, obwohl deren führende Leute sehr wohl hätten wissen müssen, dass es keine Alternative zur Politik der schmerzhaften Schnitte geben werde. Im Ergebnis kam es recht schnell zu politischen Turbulenzen. Der SLD wurde Wahlbetrug vorgeworfen. Die Rechtsparteien und die populistische Bewegung „Samobrona“ (Selbstverteidigung) verkündeten, die SLD vertrete keinerlei neue Idee und schaffe lediglich eine amorphe Machtstruktur. Da die SLD geführte Regierung den versprochenen Durchbruch nicht schaffte, ist den Oppositionsführern soweit Recht zu geben. Bereits nach den ersten Monaten im Regierungsgeschäft zeigte sich, dass Millers Mannschaft nur ein Ziel kennt: die schnellstmögliche Einbindung Polens in die Europäische Union. Symbolhaft verkündete Miller, dass nach einem möglichen Scheitern des Referendums er und seine Regierung sofort zurücktreten werden. Die proeuropäischen Lösungen können jedoch schlechterdings nicht Rezept für alle anstehenden Probleme sein. Die Arbeitslosigkeit stieg auf 20%, in einigen Gebieten (z. B. in Orten der Wojewodschaft Westpommern) beträgt sie sogar über 40%. Im Haushalt sind für derartige Zwecke lediglich jährliche Ausgaben in Höhe von 40 Mld. Złoty (etwa 9 Mrd. €) vorgesehen.

Laut Wahlprogramm sollte die SLD-Regierung konsequent eine Politik der Stabilisierung der strategischen Bereiche im öffentlichen Leben durchsetzen. Einer der Architekten des SLD-Wahlprogramms, Finanzminister Marek Belka, trat jedoch bereits wenige Monate nach Amtsübernahme von seiner Funktion zurück. Sein Nachfolger Grzegorz Kołodko¹ gilt als äußerst wider-

¹ Im Mai 2003 auch wieder zurückgetreten.

sprüchliche Persönlichkeit und wird häufig von Journalisten als Psychopath bezeichnet. Kołodko verwarf es sich mit den Wirtschaftskreisen, die sein Reformpaket prinzipiell ablehnten. Wirtschaftsexperten warfen Kołodkos Vorschlägen Etatismus vor und erklärten, dass durch die geplanten Steuererhöhungen die weitere Ausweitung der Schattenwirtschaft drohe. Kołodko überzeugte die Opposition nicht von seinen Plänen, darüber hinaus begann er auch noch eine Auseinandersetzung mit einem anderen prominenten Regierungsmitglied, mit Wirtschaftsminister Jerzy Hausner. Erst die Intervention des Premiers führte zum Ende des Konflikts und zur Aufnahme einiger Änderungen in Kołodkos Programm, die sein Ministerkollege vorgeschlagen hatte (z. B. die Steuersenkungen für juristische Personen von 27% auf 19%). Zur weiteren Verdunkelung des Wirtschaftsprogramms der Regierung und seiner inneren Widersprüche trugen Eingriffe von oben bei, deren Ziel die Vertuschung der Missstimmigkeiten in der Regierung war. Auf jegliche Einwände gegenüber seinem Programm antwortet Minister Kołodko überwiegend mit Vorwürfen an die polnische Nationalbank oder den währungspolitischen Rat, also an Institutionen, die für die Geldschöpfung bzw. das Niveau des Zinssusses verantwortlich sind. Nach Meinung Kołodkos ist die Politik der Zentralbank zu restriktiv und durch die hohen Zinssätze verleihe man Investitionen und „kühle die Wirtschaft ab“. Die Präntentionen von Kołodko stimmen mit der Gemütslage vieler Politiker der Linken und Teilen der Oppositionsparteien (unter anderem der populistischen „Samoobrona“) überein, welche die polnische Nationalbank der Regierung unterordnen wollen, um dadurch Einfluss auf das Geldangebot in der Wirtschaft nehmen zu können. Zu Minister Kołodkos Schwierigkeiten gesellen sich auch noch Probleme anderer SLD-Minister. Fortwährend dramatisch ist die Situation auf dem Feld der Gesundheitspolitik. Der Verfasser der angeblichen SLD-Musterreform und Gesundheitsminister Mariusz Łapiński wurde nach über einem Jahr aus seiner Funktion entlassen. Sein Nachfolger Marek Balicki bekleidete das Amt nur einige Monate. Ungeachtet dieses Personalkarussells wird mit der Umsetzung des ursprünglichen Plans von Minister Łapiński angefangen. Viele Medizinerkreise und Wirtschaftsexperten werfen ihm extremen Zentralismus und Rückkehr zu einem „handgesteuerten“ Gesundheitsdienst vor. Noch ist unklar, wie das Ministerium das Problem der kolossalen Schuldenlast polnischer Krankenhäuser zu lösen gedenkt, deren Schulden lawinenartig wachsen und weitere Verpflichtungen des Staatshaushalts nach sich ziehen.

In den ersten Märztagen des Jahres 2003 zerbrach die Regierungskoalition SLD-PSL. Die Bauernpartei wurde von Premier Miller zum Verlassen der Regierung gezwungen und ihre Vertreter (darunter Vizepremier und Landwirtschaftsminister Jarosław Kalinowski) traten zurück. Die Regierungspartner entzweit hatte Vizepremier Marek Pol, der in der Regierung die marginale Gruppierung Arbeitsunion (UP) repräsentiert, welche aber seit einigen Jahren praktisch einen Teil der SLD darstellt. Pol hatte in seiner Funktion als Infrastrukturminister vorgeschlagen, allen Fahrzeugführern in Polen eine weitere Steuer in Form einer sogenannten Vignette aufzuerlegen, die man kaufen müsse um das polnische Straßennetz zu nutzen. Die Gelder aus dem Vignettenerlös sollten dem Eigenfinanzierungsanteil Polens für den Autobahnbau zufließen, der zu Dreiviertel durch Mittel der EU finanziert wird. Der Vorschlag Pols rief einen Sturm der Entrüstung in der polnischen Gesellschaft hervor und Pol selbst wurde verleumdet. Gegen das sogenannte Vignettengesetz stimmten im polnischen Parlament die gesamte Opposition sowie die Mehrheit der PSL-Abgeordneten. Dieser Vorfall war der Grund für die Aufkündigung des Koalitionsvertrages durch die SLD.

Die seit dem Frühjahr 2003 funktionierende Minderheitenregierung der SLD verdankt ihr Dasein in bedeutenden Maße der Schwäche der Opposition, die in den Abstimmungen nicht in der Lage ist 100% ihrer Abgeordneten zu mobilisieren. Die rechnerische Mehrheit im polnischen Parlament beträgt 231 Stimmen, die SLD-UP-Koalition verfügt nur über 209, kann aber zusätzlich auf die Unterstützung einiger nur wenige Personen umfassender Abgeordnetenklubs zählen, in denen sich politische Außenseiter sammeln. Weil bei einem theoretischen Zerfall der Kräfte im Parlament der Regierung einige Stimmen zur erforderlichen Mehrheit fehlen würden, erneuert die Opposition fortwährend ihre Anträge auf weitere Ministerentlassungen im Bemühen um die Destabilisierung des Kabinetts Miller. Korrosion, Auflösung und Zerfall der Regierung sind allerdings auch ohne die

Anstrengungen der Opposition tagtäglich offensichtlich. Andauernden Personalrochaden in den Schlüsselministerien und fehlende Kooperation zwischen den wichtigsten Ressorts (wie z.B. zwischen Finanz- und Wirtschaftsministerium) hatten einen schlechten Einfluss auf die öffentliche Meinung über die Regierung. Beunruhigend sind auch Presseberichte, die einen dominierenden Einfluss bedeutender Geschäftsmänner auf Regierungsentscheidungen suggerieren, darunter der des zu den reichsten Polen zählenden Dr. Jan Kulczyk.

Die Medien spekulieren ebenso, dass die aufeinanderfolgenden Ministerrücktritte im Ministerium für den Staatsschatz mit Insubordinationen der Chefs von Staatsunternehmen (solcher wie der größten polnischen Versicherung PZU) in Verbindung standen, die sich als stärker als die Regierungsvertreter erwiesen. Seit Monaten übertragen zwei Fernsehsender die Sitzungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, in denen es um die versuchte Korruption im Zuge der Schaffung eines neuen Rundfunkgesetzes ging. Der „Hauptheld“ der Affäre, Filmproduzent Lew Rywin, schlug dem Medienkonzern Agora für 17,5 Millionen US-Dollar vor auch gegen Widerstände in das Gesetz für Agora günstige Bestimmungen einzufügen, die dem Konzern den Erwerb eines landesweiten Fernsehsenders ermöglicht hätten. Er berief sich dabei auf die Person von Premier Miller. Miller unterrichtete die Staatsanwaltschaft ein halbes Jahr lang nicht über den Korruptionsvorschlag Lew Rywins. Bei seinem Auftritt vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss hatte Miller seine Nerven nicht unter Kontrolle, beleidigte den ihn verhörenden Oppositionsabgeordneten und nannte ihn unter anderem eine „Null“. Eine Umfrage im Auftrag der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ ergab, dass 60% der Polen der Meinung waren, der Premier habe sich während der Anhörung nicht richtig verhalten.

Merklich ging die stille Kooperation zwischen SLD und Präsident Aleksander Kwaśniewski zu Ende. Kwaśniewski, der am Anfang eine Schlüsselfigur der SLD war, versuchte nach 1995 zu lavieren zwischen der Solidarität mit seinen alten Parteifreunden und der Neutralität eines integrativen und überparteilichen Staatsoberhauptes. Kurz nach der Berufung der Regierung Leszek Miller wurde jedoch klar, dass zwischen der SLD in Person des Regierungschefs und dem Präsidenten viele programmatische Unterschiede bestehen. Auf die Schwäche der Regierung Miller reagierte Kwaśniewski mit der Idee ein neues Kabinett einzuberufen, die sogenannte „Regierung der Fachleute“, natürlich ohne den bisherigen Premier. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob der Parteiapparat der SLD den Wünschen Kwaśniewskis nachgekommen wäre. Der Präsident der Republik Polen hat keine verfassungsmäßige Möglichkeit gegen den Willen der Parlamentsmehrheit die Regierung zu wechseln. Seine negative Einstellung zu Leszek Miller dürfte darüber hinaus der nächste „Nagel zum Sarg“ des Premiers sein. Umfragewerte zeigen, dass sich der Präsident ununterbrochen der Unterstützung von mehr als 60% der Gesellschaft erfreut während die Regierung kaum 10% unterstützen.

Die Parteibasis der größten polnischen Linkspartei ist heute extrem frustriert. Die SLD könnte bei Wahlen auf knapp 20% der Stimmen zählen (einige Meinungsforschungsinstitute prognostizieren sogar ein noch schlechteres Ergebnis). Das würde die Halbierung des Wahlergebnisses von 2001 bedeuten. Die sozialliberalen Kreise in der SLD, die seit Jahren eine stabile Mehrheit in den Parteigremien innehaben, antworten schon nicht mehr auf die Forderungen der Parteimassen. Der Einfluss der linken Flügel wurde aber schon früher institutionell redimensioniert. Die innere Position des heutigen Parteichefs und der engeren Führungsgruppe rundum Miller wird gestützt durch statutarische Vorgaben. So besteht keine Möglichkeit formelle Fraktionen auf weltanschaulicher oder funktionaler Basis zu bilden. Der Parteivorstand begünstigt weiterhin die Tendenz operative Aufgaben in der engsten Führung zu erledigen und basiert im inneren Parteileben auf den einflussreichen SLD-Granden aus den 16 Wojewodschaften. Diese Politik, die ich eine „Null-Dialog“-Strategie nenne, gehört zu einem der Hauptgründe der heutigen Misere der SLD. Jede politische Struktur, in der die innere Diskussion stirbt, die Verpflichtungen des Mitgliedes seine Rechte überwiegen und das innerparteiliche Leben sich auf die Erfüllung von Weisungen von oben beschränkt, sieht sich einer tiefen Krise gegenüber. Meinungsunterschiede lassen sich jedoch nicht aus der Welt schaffen wie man an den polarisierten Standpunkten im Verhältnis zur katholischen Kirche sieht. Der Gene-

ralsekretär der SLD, Marek Dyduch, hat sich gegen den Willen der restlichen Parteiführung kritisch über die institutionelle Stellung der Kirche in Polen geäußert und dabei eine Liberalisierung des restriktiven Abtreibungsgesetzes gefordert.

Die Krise der Regierung und der SLD bewirkte, dass Premier Leszek Miller selbst vorzeitige Parlamentswahlen vorschlug, die im Juni 2004 gemeinsam mit den erstmals in Polen abzuhaltenden Wahlen zum Europaparlament stattfinden sollen. Unzweifelhaft muss es bis dahin zu einer breiten programmatischen und weltanschaulichen Diskussion innerhalb der polnischen Linken kommen. Nicht ausgeschlossen ist auch das Entstehen einer neuen großen Linkspartei im nächsten Jahr oder auch ein Bruch innerhalb der SLD. Präsident Aleksander Kwaśniewski hat schon seit langem seine Unterstützung für die Gründung einer Partei mit linkszentristischem Antlitz angekündigt, in der die jungen Parteifunktionäre das Ruder in der Hand haben sollen, deren Namen man nicht mehr mit der Zeit der Volksrepublik in Verbindung bringt. Mangels tatsächlicher Aktivitäten des Präsidenten in diese Richtung entstanden spontan ähnliche Initiativen aus eigenem Antrieb. Eine Gruppe ehemaliger SLD-Funktionäre rief die Demokratische Partei der Linken (DPL) ins Leben, in Warschau entstanden hingegen die Zentrumslinke Polens (Centrolewica RP) sowie die linksradikale Neue Linke (Nowa Lewica). Trotz alledem sind das vorläufig ziemlich schwache Initiativen, hauptsächlich wegen der im Lande dominierenden Politikverdrossenheit sowie der verbreiteten Feindseligkeit gegen die Eliten (zu denen der durchschnittliche Wähler auch die politischen Parteien zählt).

Die tiefe Wirtschaftskrise ist der politischen Diskussion nicht förderlich, aber die Gesellschaft fordert vor allem Verbesserungen der Lebensbedingungen und Senkung der 20% betragenden Arbeitslosigkeit. An Bedeutung gewinnen radikale Kräfte sowohl von rechts als auch von links, was eine ungünstige Wandlung des Parteiensystems zu einem polarisierten Pluralismus bewirkt. Die populistische Linkspartei „Selbstverteidigung“ (Samoobrona), die im Stile eines autoritären Führers von ihrem charismatischen Vorsitzenden Andrzej Lepper geleitet wird, hat in Umfragen schon ungefähr 20% Unterstützung, was sie den zweiten Platz unter den polnischen Parteien einnehmen lässt. Das tatsächliche Programm dieser Partei bleibt im großen Maße unbekannt, aber ihr Führer stützt seine Popularität auf vollmundige Versprechungen all dessen, was die Menschen im Moment gerade hören wollen. Die radikale Rechtspartei Bund der polnischen Familien (LPR) unter ihrem Anführer Roman Giertych propagiert dagegen katholische Redlichkeit und eine radikal antieuropäische Haltung. Die Unterstützung für die LPR beträgt 10%.

Die politischen Szenarien umfassen jede Möglichkeit, ebenso die Niederlage des Europa-Referendums und die tiefgreifende Isolation des Landes. Wahrscheinlich wird das in den nächsten Wahlen zu bestimmende Parlament noch zersplitterter und zerstückelter, aber zur Schaffung einer stabilen Regierungsmehrheit werden von einigen Parteien halsbrecherisch Mehrheiten gebildet werden müssen. Das sind ernste Herausforderungen nicht nur für die Politiker der Linken, sondern für alle Mitglieder der politischen Klasse Polens, die in den nächsten Jahren eine unerhört schwere Prüfung vor der Gesellschaft aus Verantwortung für das Schicksal des Landes bestehen muss.